

# Wiesbadener Tagblatt.

48. Jahrgang.  
Erscheint in zwei Ausgaben. — Bezugs-Preis:  
durch den Verlag 50 Pfg. monatlich, durch die  
Post 1 Mk. 60 Pfg. vierteljährlich für beide  
Ausgaben zusammen.

Verlag: Langgasse 27.

17,000 Abonnenten.

Einzig-Preis:  
Die einseitige Zeitzeile für lokale Anzeigen  
15 Pfg., für auswärtige Anzeigen 25 Pfg. —  
Reclamen die Zeitzeile für Wiesbaden 50 Pfg.,  
für Auswärts 75 Pfg.

Anzeigen-Aufnahme für die Abend-Ausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die Morgen-Ausgabe bis 3 Uhr Nachmittags. — Für die Aufnahme später eingereicherter Anzeigen zur nächstfolgenden Ausgabe wird keine Gewähr übernommen, jedoch nach Möglichkeit Sorge getragen.

No. 201.

Heftnummer No. 52.

Dienstag, den 1. Mai.

Heftnummer No. 52.

1900.

## Abend-Ausgabe.

(Nachdruck verboten.)

### Die Steuerverweigerung in Spanien.

Unser Pariser Korrespondent schreibt uns: Nachdem schon erst die Finanzkristallisation durch eine erschütternde Zahl neuer Steuern, die von den Cortes genehmigt worden sind, die zerrüttete Staatswirtschaft Spaniens notdürftig ausgebeßert und das Gleichgewicht des Haushalts annähernd wiederhergestellt zu haben schien, droht das ganze mühsame Werk an den Klippen einer ersten Volksbewegung in die Brüche zu gehen. Diese Bewegung, im vorigen Jahre zu Saragossa von Vertretern der spanischen Handelskammer entfacht, hat seitdem gewaltige Dimensionen angenommen und erschien auf dem zweiten Kongress, welchen die „Nationale Union“ in Valladolid abgehalten hat, durch Hinzutritt landwirtschaftlicher und industrieller Bevölkerungsklassen verheerend. Die Führer behaupten zwar, keine neue politische Partei bilden zu wollen und die Fragen der Regierungsform offen zu lassen, aber die Festigkeit, mit der sie nicht nur die Staatsverwaltung, sondern auch die beiden großen, einander in der Herrschaft ablösenden Parteien, die Konservativen und die Liberalen, befechten, läßt kaum einen Zweifel darüber überwalten, daß man es mit einer scharf ausgeprägten sozial-republikanischen Bewegung zu thun hat. Geschickt ist in dem umfassenden Manifeste der „Nationalen Union“ Alles vermieden und umgangen, was die mit den bestehenden Zuständen Mißvergnügten trennen könnte; geschickt sind durch Aufzählung von Forderungen, deren Erlangung ein Jahrhundert ausfüllen könnte, den Bauern, den Fabrikanten, den Arbeitern, den Beamten verlockende Köder hingeworfen. Paraiso und seine Freunde, die den Bund leiten, sind offenbar in der Wahl ihrer Mittel nicht heikel: die ausgegebene Parole, weder die neuen noch die alten Steuern zu zahlen, ist höchst einfach und klar; auch der schlichteste Mann kann sie begreifen und befolgen, und sie setzt die Regierung, die gerade jetzt zur Durchführung der Finanzreform Baarmittel am nötigsten braucht, schweren Verlegenheiten aus. Die Androhung von Verfolgungen gegen die Leiter der Bewegung, die bisher nur in Privatversammlungen agitierten und auch sonst das Gesetz formell streng beobachteten, hat nur neue Aufregung hervorgerufen. Die Carlisten nehmen im Stillen an der Agitation Theil, weil sie hoffen, aus derselben Vortheil zu ziehen. In offener Empörung können sie die konstitutionelle Monarchie nicht stürzen, das hat sich bei ihren letzten Versuchen gezeigt: sie haben sofort das ganze Land gegen sich. Gelänge es aber, durch eine anscheinend unpolitische Bewegung das jetzige Regime zu beseitigen und eine Periode der Verwirrung und des Bürgerkriegs zu eröffnen, so hätten sie die Möglichkeit, später sich an die Spitze der Ordnungsfreunde zu stellen und so aus Ruder zu kommen. Diese Rechnung scheint indessen ohne den Wirth gemacht. Wenn die Liga der Handelskammern mittelst der Steuerverweigerung die

Revolution durchsetzt, so werden sich ihr sofort die Liberalen anschließen, und dann wird man aus dem Programm Paraisos diejenigen Punkte herausfinden, in welchen eine Verständigung möglich ist und welche sich sofort durchführen lassen. Auf jeden Fall geht Spanien sehr kritischen Zeitläuften entgegen. Die Folgen vieljähriger Mißwirtschaft und Abenteuerpolitik, die seit dem berühmten Staatsstreich Pavia's getrieben worden ist, machen sich jetzt geltend, und die Nachfolger der heutigen Generation werden, wie das in der Weltgeschichte so häufig der Fall zu sein pflegt, die Sünden der Väter zu büßen haben.

—a. Madrid, 27. April. „Zeit gewonnen, Alles gewonnen“ denken die spanischen Minister, und deshalb haben sie in einer unter dem Vorsitz der Königin abgehaltenen Sitzung beschlossen, daß die Cortes erst im Oktober einberufen werden sollen, da man hofft, bis dahin das neue Programm bezüglich der Reorganisation der Verwaltung, des öffentlichen Unterrichts und der Gerichtsverfassung durchgeführt haben zu können. Ob dazu freilich die notwendige Ruhe vorhanden sein wird, muß zum Mindesten bezweifelt werden, denn die „National-Union“ ist eifrig bei der Arbeit. Das Direktorium hat vorläufig seine in Madrid gefassten Beschlüsse noch nicht zur öffentlichen Kenntniß gebracht, das dürfte jedoch bald vermittelt eines Manifestes geschehen, welches Paraiso, Costa und Alba zunächst allein unterzeichnen wollten wegen der Folgen, die diese Publikation möglicher Weise haben kann; die zwanzig Mitglieder des Direktoriums haben es aber durchgesetzt, daß ihre Namen sämtlich unter der Proklamation stehen, indem sie für den Fall, daß man gegen sie vorgehen sollte, ihre Nachfolger bereits bestimmt haben. Aus diesen Vorbereitungen läßt sich anscheinend erkennen, daß bei der Bekanntmachung auf eine ganz besondere Wirkung gerechnet wird, die ihre Schatten bereits vorausgeworfen hat, indem in einer gestern zusammenberufenen Handelskammerung nicht mehr und nicht weniger als 6000 Madrider Kaufleute ihre Bereitwilligkeit erklärten, sich der National-Union anzuschließen. Der Finanzminister hat in der Voraussicht derartiger Vorwommnisse eine Verfügung erlassen, daß jedes Geschäft, dessen Inhaber sich weigern sollte, seine Steuern zu bezahlen, sofort geschlossen werde. Gleichzeitig macht der Minister des Innern bekannt, daß gegen alle Zeitungen und Telegraphenbüros, die Mittheilungen über die Beschlüsse der National-Union hinsichtlich der Steuerverweigerung bringen sollten, energisch vorgegangen werden würde, und zwar nicht auf administrativem Weg, sondern durch den Staatsanwalt. Die Regierung wird umso nachdrücklicher einschreiten können, als der Generalstaatsanwalt eine Erklärung erlassen hat, daß jeder Verstoß der Steuerverweigerung als Widerstand gegen die Staatsgewalt aufgefaßt werde, die Veröffentlichung entsprechender Rathschläge also als Aufreizung dazu anzusehen sei!

### Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 30. April.

Im Abgeordnetenhaus begann heute die zweite Beratung der Gemeindevahlrechtsvorlage. Das Haus war zahlreich besetzt. Von Ministern war nur der Minister des Innern Hr. v. Meinel anwesend. Die Debatte wurde sofort über § 1 und 2 zusammen eröffnet. Der § 1 hat durch die Kommission den Zusatz erhalten, daß Personen, welche zu keiner Staatssteuer veranlagt sind, stets in der dritten Abtheilung wählen. Hr. v. Meinel war der Abg. v. der Borcht (nat. lib.). Derselbe sprach unter anhaltender Unterbrechung und Unaufmerksamkeit des Hauses. Er erklärte Namens seiner politischen Freunde, daß sie dem Entwurf in der vorliegenden Fassung nicht zustimmen können. Die Wiederherstellung der Verhältnisse vor 1891, wie es hier angestrebt wird, könnte doch unmöglich auf so mechanische Weise vorgenommen werden; eine dauernde Besserung

sei davon wenigstens nicht zu erwarten. Wir schlagen vor, den § 2 so zu fassen, daß auf die erste Abtheilung  $\frac{1}{10}$ , auf die zweite  $\frac{1}{10}$  und auf die dritte  $\frac{1}{10}$  der Gesamtsumme aller Steuerbeiträge entfallen und daß auf eine höhere Klasse nicht mehr Wähler kommen dürfen, als auf eine niedrigere. Der Antrag würde das Durchschnittsprinzip überflüssig machen, das nur zu Mißbilligkeiten Anlaß giebt. Gerade das Durchschnittsprinzip sei geeignet, dem Bürokratismus entgegen zu arbeiten und den Einfluß der breiteren Bevölkerungsschichten zu stärken; es erfülle somit auch eine soziale Aufgabe, ohne das Recht der ersten Wählerklasse anzutasten. — Abg. v. Piettenberg (kons.) begründet den Antrag, in dem früher gestellten Antrag über die Bindung des Wahlrechtes an einen bestimmten Steuerbetrag die feste Summe von 6 Mk. fallen zu lassen und dafür die allgemeinen Worte zu setzen „Entrichtung eines bestimmten Einkommensteuerebnes“. — Abg. v. Jedlik (freikons.) erklärt, ihm und seinen Freunden sei ein reines Durchschnittsprinzip nicht annehmbar, weil dasselbe zu einer Benachtheiligung der zweiten Klasse führe. (Der Redner ist bei der im Hause herrschenden Unruhe fast unverständlich.) Man dürfe die beiden Unterklassen nicht der sozialdemokratischen Propaganda ausliefern, deren Tummelplatz sie jetzt schon an vielen Orten seien. — Minister v. Meinel hat erklärt, die bloße Durchschnittsprinzip würde über das Ziel hinauschießen. Natürlich müsse der Wähler jeder Weg versperrt werden; aber dazu sei die Vorlage sehr gut geeignet. Die Kommission schloß sich leider nicht der Regierung an, sondern machte die verfassungsmäßige Regelung von zwei Drittel der Majorität abhängig. In den meisten Orten würden zwei Drittel der Majorität gar nicht zu beschaffen sein. Die Regierung sei für den Kommissionsbeschlusse nicht zu haben, aber wohl geneigt, einer Vereinigung des Kommissionsbeschlusses mit dem Antrag Jedlik zuzustimmen, welcher bestimmt, daß Personen, die einen bestimmten Steuerbetrag zahlen, stets der zweiten oder ersten Abtheilung zuzuwenden sind. — Abg. v. Seydebrand (kons.) wendet sich gegen den national-liberalen Antrag; Rechte und Pflichten müßten gleich vertheilt sein, sonst werde das Grundprinzip des Dreiklassenwahlrechts verletzt. Wir sind auch leider nicht in der Lage, dem Antrag Jedlik, so wie er ist, zuzustimmen. Wenn dagegen die Anträge Piettenberg und Jedlik zusammen mit der Vorlage verfochten werden könnten, dann wäre der Boden zu einer Verabhandlung gewonnen. — Abg. v. Bachem (Centr.) führt aus, die Jubilierung sei gar nicht gerechtfertigt; dagegen genüge das Durchschnittsprinzip durchaus allen Ansprüchen des Mittelstandes. Angesichts des entgegenkommenden der Regierung und im Interesse des Zustandekommens der Vorlage sei seine Partei indessen bereit, dem Antrag Jedlik, kombinirt mit dem Antrage Piettenberg, zuzustimmen, zumal dieser Antrag mit dem Durchschnittsprinzip nicht breche, sondern nur eine anderweitige Berechnung desselben durchführe. — Abg. v. Egners (nat. lib.) erklärt, wenn auf Annahme des national-liberalen Antrags nicht zu rechnen sei, dann werde er für den Eventualantrag v. Jedlik stimmen. Das Centrum wolle sich mit der Vorlage eine dominierende Stellung sichern, aber es täusche sich vielleicht über die Wirkungen des Gesetzes, denn die Früchte werde sicher nicht der Mittelstand ernten, sondern die Sozialdemokratie. — Abg. Ehlers (freil. Ver.) hält die Kommissionsfassung für viel besser; namentlich das Durchschnittsprinzip sei ein gerechtes System, nur mit dem Ortsstatut sei er nicht einvernehmlich. Wenn es aber doch einmal beschlossen werden sollte, dann sei die Zweidrittelmehrheit der einfachen Mehrheit vorzuziehen. — Abg. Wintermeyer (freil. Volksp.): Meine Partei hat der ganzen Sache in einer etwas unangenehmen Weise gegenüberstanden. Wir wollten einen weit größeren Einfluß der kleinen Steuerzahler erreichen, aber wir wollten keine Verbesserung zurückweisen. Frankfurt a. M. hat das allgemeine gleiche Wahlrecht für die Gemeindevorstellung, und ein Nationalliberaler war es, der mit großer Ueberzeugung für seine Aufrechterhaltung eintrat. Weshalb soll das nicht auch in einer Reihe anderer großen Städte möglich sein. — Sodann wird § 1 angenommen, der national-liberale Antrag zu § 2 abgelehnt und § 2 mit dem Kompromissantrag v. Jedlik-Piettenberg angenommen; ebenso § 3. — Zum § 4, welcher bestimmt, daß die Ortsstatute nur alle 10 Jahre erneuert werden dürfen, beantragt die Kommission unter Fortfall

(Nachdruck verboten.)

### Die Pariser Zeitungen.

Es ist oft und auch wohl nicht mit Unrecht behauptet worden, daß jedes Land die Presse besitzt, welche es verdient, denn vor Allem die Tagesblätter beschäftigen sich bekanntlich, sich der Meinung der Menge anzupassen. Sie beeinflussen, ja bilden deren Urtheil einerseits, dürfen aber andererseits, wenn sie auf Erfolg rechnen wollen, sich nicht in nennenswerther Weise von seiner Geschmacksrichtung entfernen.

Und doch wird man den Charakter eines Volkes auch nicht einmal oberflächlich beurtheilen lernen, wolle man nur die Tagespresse als Grundlage dazu benutzen, was aber leider meistens geschieht. Vor Allem sind die Blätter, welche im Ausland gelesen werden, durchschnittlich nur solche, die in der Hauptstadt erscheinen und daher über den Charakter der Bewohner des Landes nur einen sehr bedingten Aufschluß geben können. Mehr als irgend eine andere Metropole ist Paris das Haupt des Staates, es konzentriert sich hier vor Allem das geistige Leben fast vollständig, und doch wäre es absolut falsch, wolle man nur nach diesem oder gar nach seiner Presse die Provinz beurtheilen, die denn doch ein eigenes und von dem der Hauptstadt recht verschiedenes Dasein führt.

Aber selbst Paris läßt sich vielleicht weniger als die Metropole anderer Länder nach seiner Presse kaum beurtheilen, denn dieselbe ist so außerordentlich verschiedenartig, daß man sie eben garnicht zu einem Gesamtbilde vereinigen kann. Gewiß bringt jedes Blatt einzelne der Eigenheiten mitteilen der Pariser zum Ausdruck, aber dieselben müssen eben deren gar viele besitzen, denn wohl nirgend anderswo giebt es so zahlreiche „Centres“ in der Tagespresse, wie hier. Auch Berlin, London, Rom u. d. d. besitzen Zeitungen, die sich nicht nur bezüglich ihrer Richtung, sondern auch ihres Wertes von einander sehr unterscheiden, ein so gewaltiger Abstand

wie hier besteht dort jedoch unter denselben nicht. Wirklich ernsthaftes Blätter giebt es in Paris eigentlich nur zwei, den „Temps“ und das „Journal des Debats“, und wer längere Zeit nur diese beiden Journale oder eines derselben liest, wird sicher zu dem Schlusse kommen, daß der Pariser ein ernsthafter, ruhiger, vernünftiger Mensch ist.

Auch diese Zeitungen haben allerdings mit all den anderen hiesigen Blättern und entgegen den großen ausländischen einen gewissen heiteren Ton gemein. Selbst über eine wichtige politische Frage, die im Leitartikel behandelt wird, bestrebt man sich, in witziger, geistreicher Weise zu plaudern, was ja einerseits den Vortheil bietet, daß wohl jeder Abonnent den Auffass, andererseits demselben aber oft weniger Gewicht verleiht, als er nach dem behandelten Thema haben müßte. Die Haltung dieser beiden Blätter ist aber eine durchaus vornehme; abgesehen davon, daß sie gleich allen übrigen in redaktionellen Theil natürlich sehr hoch bezahlte Reklamen bringen. Das Annoncenwesen ist hier nämlich noch garnicht ausgebildet, und so greifen selbst die besseren Zeitungen zu diesem Mittel, um sich zu erhalten, gegen das hier übrigens Niemand etwas einzuwenden hat.

Am meisten bekannt im Auslande dürfte noch immer der „Figaro“ sein, obgleich er in Frankreich im letzten Jahrzehnt von seiner hervorragenden Stellung so ziemlich herabgestiegen ist. Immerhin besitzt er noch eine bedeutende Verbreitung und er hat dies wohl dem Umstande zu verdanken, daß Jeder ihn lesen kann, ohne in besondere Aufregung zu geraten und ohne sein Gehirn anzustrengen, während er über Pariser Vorgänge gut unterrichtet wird und nicht nur allein über Skandale, die sich hier zutragen, was andere als ihre Hauptaufgabe halten. Den „Figaro“ als den typischen Repräsentanten des französischen Journalismus zu halten, ist aber ganz falsch, er folgt einer Tradition, die eben nur seine eigene ist. Er hat weder Prinzipien, noch irgend ein Ziel, sondern läßt sich von seinem Leserkreis

leiten, der nicht zu der höheren, sondern höchstens der mittleren Intelligenz des Landes zu zählen ist. Einmal, während der Dreyfus-Affaire, suchte das Blatt eigene Wege zu wandeln, indem es entgegen der noch damals ziemlich allgemeinen Stimmung Partei für den Verurtheilten nahm. Diese Unabhängigkeitsgelüste gab es aber sehr bald wieder auf und lehrte, als es einen großen Theil seiner Abonnenten verlor, ganz ungenirt wieder um.

Ähnlich dem „Figaro“, was Werth und Prinzipien anbelangt, sind „Journal“, „Echo de Paris“, „Matin“, während das „Petit Journal“, dem man im Ausland seiner großen Verbreitung halber einige Wichtigkeit beizulegen pflegt, dieselbe garnicht besitzt, ebenso wenig wie Notheforts „Zitronenblatt“. Letzteres Blatt wurde seiner bestehenden, wichtigen Artikel wegen früher allerdings auch oft von Anderen als von Droschkenschreibern gelesen, in den letzten Jahren ist aber dem Bürger und Marquis der Geist so ziemlich ausgegangen und er ergeht sich nur noch in gemeinen Schimpferien. So lange die Dreyfus-Affaire die Gemüther so sehr erregte, besaß der „Zitronenblatt“ und die ihm geistesverwandte „Libre Parole“ allerdings großen Einfluß, der aber, sobald deren Folgen gänzlich überwunden sind, auch vollständig wieder verschwinden wird.

Möglich jedoch, daß dann irgend ein neuer Skandal aufsteht, der diesen oder anderen Zeitungen, die häufig nur gegründet werden, um eine spezielle Meinung zu vertreten oder eine Partei zu bekämpfen, wieder zu einer hervorragenden Stellung verhilft. Daß derartige Blätter überhaupt existieren können, charakterisiert die Franzosen allerdings in gewisser Weise und müßte als ein Zeichen ihrer Defizienz betrachtet werden, wenn nicht andererseits gerade die anständigeren Journale es wären, die eines dauernden intelligenten Leserkreises sich erfreuen, während die anderen entweder bald wieder vom Schauplatz verschwinden oder doch nur in den niedersten Schichten der Bevölkerung Abnehmer finden. W. Walbau.

bieser Beschränkung dafür die Einführung der Zweidrittelmehrheit. Ein Antrag v. Jellig und Reitenberg verlangt die Wiederherstellung der jährlichen Jutezölle, außerdem aber die Zweidrittelmehrheit. — Abg. v. Deydebrand (Kons.) unterstützt die Kommissionsfassung, welche nach kurzer Debatte unter Ablehnung des Antrags v. Jellig angenommen wird. Es folgt die Beratung des von der Kommission neu beantragten § 6a, welcher bestimmt, daß der Wahlvorstand aus dem Bürgermei-ner und zwei von den Stadtverordneten gewählten Beisitzern bestehen soll. Der Antrag Jellig enthält Bestimmungen über die Bildung besonderer Bezirke zum Zwecke der Stimmgabe und Ernennung besonderer Wahlvorstände für diese Bezirke. Der Antrag wurde nach kurzer Debatte angenommen, ebenso der § 6a. Nächste Sitzung morgen 12 Uhr: Antrag v. Gynen, betr. Heberweilung eines 60-Millionenfonds an die Gemeinden. Schluß 4 Uhr.

Deutsches Reich. Flottenvorlage.

Zum besseren Verständnis der Kommissionsbeschlässe gliedert die „Köln. Volksztg.“ noch folgende Erläuterungen, welche in der Kommission gedruckt vorliegen.

1. Schiffsneubauten:

Table with 2 columns: Gefordert sind, Beauftragt werden, Abgelehnt werden. Rows include 11 Linienfahrzeuge, 8 große Kreuzer, 15 kleine Kreuzer, 11 Minierfahrzeuge, 3 große Kreuzer, 8 kleine Kreuzer, 6 große Kreuzer, 7 kleine Kreuzer. Includes sub-items a) Forderung, b) Beauftragt, c) Abgelehnt with corresponding amounts in M.

2. Ersatzbauten: Es wären zu bauen (Gesamtkosten) in den Jahren 1901 bis 1917 einschließlich der pro 1918 verbleibenden Restraten:

Table with 2 columns: a) auf Grund des bestehenden Gesetzes § 2 für, b) der Vorlage, c) des Antrags. Includes sub-items a) bis c) with amounts in M.

3. Gesamtschiffsbauten pro 1901 bis 1917 ohne die pro 1918 und später verbleibenden Restraten:

Table with 2 columns: nach der Vorlage und der Verpflichtung aus dem alten Gesetz, nach dem Antrag. Includes sub-items a) bis c) with amounts in M.

Nach dem Antrag ergeben sich durchschnittlich pro Jahr berechnet:

Table with 2 columns: Restraten und Neubauten rund, Ersatzbauten rund, zusammen.

auf Grund des alten Gesetzes wären zu verbauen gewesen als Restraten und Ersatzbauten auf Grund des § 2 durchschnittlich pro Jahr

4. Durch den Fortfall der 13 Auslandsschiffe ermäßigten sich im Beharrungszustande die Kosten:

Table with 2 columns: für Personal im jährlich, für Indiensthaltung im jährlich, durch den Fortfall der Auslandsschiffe infolge Lösung der Deckungsfrage und Abrechnung der 13 Schiffe die Kosten im Beharrungszustand im jährlich, hierzu neben berechneten Rücklagen für Schiffsneubauten und Ersatzbauten von jährlich (im Durchschnitt), mithin Gesamtminderbedarf.

Der durchschnittliche Rückbedarf pro Jahr für die Zeit von 1901 bis 1917 würde sich auf rund 25,020,000 Mark stellen, mithin für die sechszehnjährige Periode auf rund 425,340,000 M.

Hof- und Personal-Nachrichten. Wie der „Post“ zufolge verlangt, wird der Kaiser auch in diesem Jahr einen Ausflug nach Osten unternehmen, um dem Geheimrat Krupp auf Villa Hügel einen etwa zweitägigen Besuch abzustatten. Der Zeitpunkt dieser Reise ist noch nicht festgelegt, doch soll sie kurz vor Eintritt der Nordlandreise erfolgen. — Der frühere deutsche Vorkämpfer am italienischen Hof, Freiherr v. Saurma-Jeltsch, ist auf Schloß Brandshof bei Lüben im Alter von 64 Jahren gestorben.

Berlin, 1. Mai. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Freiherr v. Hertling hat die Rückreise von Rom angetreten, da es nicht möglich war, den Beginn seiner Vorlesungen an der Münchener Universität, die wegen der Verhandlungen über die Errichtung einer katholischen Fakultät an der Universität in Straßburg bereits drei Semester hindurch anfallen müssen, länger hinauszuschieben. Im Interesse der guten Sache ist es zu bedauern, daß es dem angesehenen Gelehrten nicht vergönnt war, jene Verhandlungen noch vorher zum Abschluß zu bringen. Derselben haben bereits in einer Reihe von wichtigen Bestimmungen zu einer allgemeinen Einigung geführt. Die Erörterungen über die noch schwebenden Punkte werden fortzuführen sein, sobald sich wieder Gelegenheit dazu bietet. Da eine diplomatische Vertretung des Reichs beim Vatikan beabsichtigt nicht besteht, so fehlt es nach der Abreise des Freiherrn v. Hertling an einer zum Verhandeln deutschseits legitimirten Persönlichkeit.

Aus der letzten Sitzung des Staatsministeriums erzählt ein parlamentarischer Berichterstatter folgende angeblich authentische Mitteilungen: An der Sitzung, welche von 3 Uhr Nachmittags bis zum Abend währte, nahmen alle preussischen Staatsminister, außer Hohenhausen, Freiherr v. Rheinbaben und Schachtel, welcher letzterer durch den Unterstaatssekretär Dr. Nebe-Flughaud vertreten war, Theil. Auch die Staatssekretäre bis auf Dr. Niederberg waren erschienen. Auf der Tagesordnung standen die Flottenvorlage, das Fischereigesetz und die vom Reichsanwalt angegebene Novelle zum Wangeley. Nach eingehenden Erörterungen entschied sich das Staatsministerium dafür, die Vorschläge der Budget-Kommission des Reichstags zur Flottenvorlage trotz der Bedenken gut zu heißen. Die preussischen Vertreter im Bundesrat werden demnach ihre Stimmen für dieselbe abgeben. Gern hätte auch das Plenum des Bundesrats zusammenzutreten, um auch bezüglich der Deckungsfrage Stellung zu nehmen und, wie die Budget-Kommission verlangt hat, die von Staatssekretär Freiherrn v. Thielmann abgegebene Erklärung sich anzueignen. In der Frage des Fischereigesetzes stellt sich die preussische Staatsregierung im Großen und Ganzen auf den Standpunkt des Kompromisses, der zwischen dem Reichsanwalt des Innern und dem hervorragenden Reichstagsmitgliedern angebahnt ist. Ein Zustandekommen der Vorlage ist daher als sehr wahrscheinlich anzusehen. Dagegen stellen sich der vorliegende Novelle zum Wangeley Schwierigkeiten in den Weg. Auch sind Einwürfe erhoben worden, die nicht von der Hand zu weisen sind. Diese Vorlage wird also für die gegenwärtige Tagung zurückgestellt bleiben.

Das „Berliner Tageblatt“ erzählt, daß der vom preussischen Staatsministerium angenommene Kompromiß zum Fischereigesetz sich auf einer anderen Grundlage, als die früheren Verhandlungen bezweckten, bemest. Er näherte sich damit in gewissem Sinne dem Standpunkte der ausgesprochenen Gegner aller Kompromißverhandlungen, welche an den Reichstagen weiterbefestigt wurden. — Derselben Note wird von einem parlamentarischen Korrespondenten bezüglich der Kanalvorlage berichtet, daß im Schooße der Staatsregierung die endgültige Entscheidung noch nicht darüber getroffen worden ist, ob diese Vorlage aus dem Arbeitsplan der laufenden Tagung auszuweichen wird oder nicht. Die Entscheidung werde nämlich vom Verlauf der Arbeiten im Reichstags abhängig gemacht. Damit seien auch die Angaben über den Schluß der Tagung im Landtage vor Pfingsten in das Gebiet der Kombinationen zu verweisen.

In der Petition gegen die Baarenhaussteuer gingen den Abgeordnetenbank weitere 10,000 Unterschriften zu, womit die Zahl von 50,000 erreicht ist.

Die mehrfach aufstauende Behauptung, daß der deutsche Staatssekretär des auswärtigen Amtes, Graf Bülow, in Venedig eine Zusammenkunft mit Dr. Leyds gehabt habe, wird von der „Nat.-Ztg.“ als Erfindung bezeichnet.

Die Sozialdemokraten haben für den heutigen 1. Mai über 40 Versammlungen einberufen. Davon sind 17 von den sozialistischen Wahlkreisen arrangiert, die übrigen von den Gewerkschaften.

Finanzminister v. Miquel über die Baarenhaussteuer. Finanzminister v. Miquel hat, wie schon kurz gemeldet, eine Deputation der Baarenhausangehörigen empfangen, um eine Denkschrift entgegenzunehmen, worin die Bedenken gegen die Baarenhaussteuer vom Standpunkt der Handelsangehörigen eingehend dargelegt werden. Herr v. Miquel erwiderte, dem „Berl. Tageblatt“ zufolge, er sei durchaus davon überzeugt, daß die Baarenhaussteuer eine Besserung in der Lage des Kleinhandels nicht herbeiführe. (In der gestrigen Sitzung des Reichstags ist irrtümlicherweise behauptet worden, daß die Baarenhaussteuer durch einen vorläufigen Stillstand in der Entwicklung der Baarenhäuser dem Kleinhandel Zeit gelassen werden könnte, sich in den veränderten Verhältnissen zurecht zu finden. Er empfahl den Kleinhandlern als wirksamstes Mittel die Selbsthilfe in Form von Genossenschaften und dergleichen. Er erklärte ferner, daß dem Prinzip einer Besteuerung nach dem Umsatz auch Seitens der Regierung Bedenken entgegenstünden, und daß diese Form nur dann gewählt werden sei, wenn der auf anderer Grundlage beruhende frühere Gesetzentwurf wegen des allseitigen Widerspruchs, den er gefunden, keine Aussicht auf Annahme gehabt habe. Er betonte, daß die Folgen der Baarenhaussteuer noch nicht vorauszusagen seien, und daß diese Steuer gewissermaßen als Versuch zu betrachten wäre, der die Kommunen zu einer Reform der Gewerbesteuer veranlassen dürfte. Herr v. Miquel konnte allerdings die Deputation nicht davon überzeugen, daß es bei einer Reform der Gewerbesteuer nach dem Prinzip von Leistungen und Gegenleistungen gerecht wäre, die Baarenhäuser anders zu behandeln als die großen Spezialgeschäfte, obwohl er der Ansicht Ausdruck gab, daß eine Herabsetzung der Gehälter der Angestellten nicht zu befürchten wäre. Doch müßte er zugeben, daß eine direkte Schädigung der Angestellten da eintreten wird, wo dieselben in Form von Prämien, Tantiemen an dem Reingewinn bzw. an dem Umsatz beteiligt seien. In welchem Umfange diese Schädigung das Personal treffen würde, wurde von der Deputation dadurch festgestellt, daß sie ausführe, daß in einem Berliner Baarenhaus allein für diesen Zweck über 200,000 M. jährlich zur Verfügung kommen und daß daran die Mehrzahl aller Angestellten beteiligt wäre. Der Finanzminister erklärte schließlich, daß bei dem jetzigen Stande der Verhandlung an eine Annahme des Gesetzes nicht mehr zu denken sei. Es wäre ihm aber doch von Interesse gewesen, durch die Deputation über die Lage der Angestellten in den Baarenhäusern Näheres zu erfahren.)

Der Vorstand des Centralverbandes deutscher Kaufleute und Gewerbetreibender beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung am 23. und 24. April in Hannover mit wichtigen, den gewerblichen Mittelstand betreffenden Fragen. In erster Linie handelte es sich darum, eine Einigung mit zwei anderen wirtschaftlichen Verbänden herbeizuführen, welche die gleichen Ziele wie der Centralverband verfolgen. Im Interesse einer größeren Einheitsfront und zum Zwecke nachdrücklicherer Vertretung billigte man ein Zusammengehen mit den beiden Verbänden. Die näheren Fragen hinsichtlich der späteren Organisation sollen in einer Konferenz in Leipzig am 26. Mai erörtert werden. Einer Einladung Seitens des belgischen Ministeriums für Handel und Gewerbe, durch Gründung eines „Internationalen Komitees“ die Förderung der den gemeinsamen Mittelstand betreffenden Fragen anzubahnen, wurde gleichfalls zugestimmt. Die gemeinsame Besprechung soll auf Vorschlag des Vorstandes am 27. und 28. Mai in Leipzig stattfinden; ein höherer Beamter des obigen Ministeriums hat das Referat übernommen. Weislosien wurde ferner, die diesjährige Generalversammlung des Centralverbandes zum 20. und 21. August nach Stettin einberufen.

Der Vorstand des Centralverbandes deutscher Kaufleute und Gewerbetreibender beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung am 23. und 24. April in Hannover mit wichtigen, den gewerblichen Mittelstand betreffenden Fragen. In erster Linie handelte es sich darum, eine Einigung mit zwei anderen wirtschaftlichen Verbänden herbeizuführen, welche die gleichen Ziele wie der Centralverband verfolgen. Im Interesse einer größeren Einheitsfront und zum Zwecke nachdrücklicherer Vertretung billigte man ein Zusammengehen mit den beiden Verbänden. Die näheren Fragen hinsichtlich der späteren Organisation sollen in einer Konferenz in Leipzig am 26. Mai erörtert werden. Einer Einladung Seitens des belgischen Ministeriums für Handel und Gewerbe, durch Gründung eines „Internationalen Komitees“ die Förderung der den gemeinsamen Mittelstand betreffenden Fragen anzubahnen, wurde gleichfalls zugestimmt. Die gemeinsame Besprechung soll auf Vorschlag des Vorstandes am 27. und 28. Mai in Leipzig stattfinden; ein höherer Beamter des obigen Ministeriums hat das Referat übernommen. Weislosien wurde ferner, die diesjährige Generalversammlung des Centralverbandes zum 20. und 21. August nach Stettin einberufen.

Den Nord-Ostsee-Kanal passierten im 1. Quartal d. J.: Schiffe Gesamtzahl netto (Schubren) 1899: 4029 511,000 T. 283,113 M. 1900: 3784 578,000 310,694

im Rechnungsjahr: 1898: 26,816 3,117,000 T. 1,500,488 M. 1899: 26,279 3,488,000 1,309,951

Die Gebührenerhebungen haben im abgelaufenen Jahre den Vorschlag um 115,000 M. überschritten.

Handlungen im Reich. Im Prozeß Dasbach-Haendrich wurde der Besagte Reaktor Haendrich wegen formaler Verletzung in drei Fällen zu 30 M. und zu sämtlichen Kosten verurteilt. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß der Reaktor bei der Verletzung gelangt, daß die gegen Dasbach behaupteten Thatfachen im Wesentlichen der Wahrheit entsprechen, daß der Wahrheitsbeweis also gelangt sei. — Die Berliner Morgenblätter melden aus Kiel: Am Rudersee der Rendsburg soll, wie verlautet, von mehreren deutschen Werften eine gemeinsame Fabrik zur Herstellung von Panzerplatten errichtet werden. Als erstes Anlagekapital sind 7 Millionen Mark geschätzt.

Ausland.

Belgien. Das Material über das Attentat gegen den Prinzen von Wales wurde im Justizpalast niedergelegt. Der Staatsanwalt Nagels verfolgt Sipido wegen Mordversuchs und seine drei Freunde wegen Teilnahme an demselben. — Der Karikaturen-Zeichner des Blattes „Reform“, Gullio, ein Italiener, hat von der Sibirienpolizei die Beweise erhalten, sich in Zukunft böswilliger Karikaturen gegen die Königin von England zu enthalten, da er sonst des Landes verwiesen werden müßte. Diese Maßregel ist auf einen Prozeß der englischen Regierung zurückzuführen.

Spanien. Die spanische Volkszählung für 1897, deren Ergebnisse nun vom Madrid geographischen und statistischen Institut vorläufig festgesetzt wurden, hat für das Gesamtgebiet Spaniens und der Balearen und Kanaren eine ortsnachweise Bevölkerung von 18,089,500 Personen nachgewiesen, gegenüber der Volkszählung für 1887 eine Vermehrung von 523,862 Köpfen. Es kommen also 86 Einwohner auf das Quadratkilometer; Spanien ist nach Island (19 Einwohner auf das Quadratkilometer) das dünnstbesiedelte Land Europas. Unter den Gezühlten waren 8,773,730 männliche und 9,315,770 weibliche Personen. Spanien hat zwei Städte mit über einer halben Million Einwohner (Madrid mit 512,160, Barcelona mit 509,589) und vier Städte mit über 100,000 Einwohnern (Valencia, Sevilla, Malaga, Murcia). Die Auswanderung ging in den Jahren 1891—1895 um rund 9,000 Köpfe über die Einwanderung hinaus.

Aus Stadt und Land.

Wiesbaden, 1. Mai.

Wiesbadener Mai-Festtage.

Die emsige Thätigkeit der mit der Organisation und Leitung der im Monat Mai zu Ehren der Anwesenheit des Kaisers in Wiesbaden stattfindenden sportlichen Veranstaltungen betrauten Comités beginnt bereits greifbare Resultate zu zeigen. Sowohl der Regatta, dem großen Blumenkorso, dem internationalen Lawn-Tennis-Turnier, als auch dem Radfahr-Korso wird von allen Seiten und aus allen Gegenden das lebhafteste Interesse entgegengebracht. Sämtliche Veranstaltungen werden, wie dies bei der Kunst der begleitenden Umstände und bei dem unvergleichlichen Reiz unserer lieblichen Vaterstadt wohl nicht anders voranzufahren war, ganz besonders glanzvoll in die Erscheinung treten und sportliche Wiber bieten, wie solche sich nicht oft wiederholen dürften. Aber nicht nur für die aktiven Teilnehmer, sondern auch für das zahlreichste Publikum ist in dankenswerther Weise gesorgt worden. Auf Veranlassung der Kurverwaltung sollen für den Blumen-Korso und für den Radfahr-Korso zu beiden Seiten des Kurhausportals und gegenüber demselben Festtribünen mit logenartigen Abtheilungen und bequemen numerierten Sitzplätzen errichtet werden. Der unmittelbar vor dem Kurhausportal zwischen den Tribünen gelegene Platz wird, mit niedrigem Podium versehen, der Gesellschaft, sowie den eingelassenen Ehren Gästen zum Aufenthalt dienen. Die Kolonnaden, sowie die Wege unter den Platänen werden, um einer Ueberfüllung vorzubeugen, gegen geringes Entrée für Fußgänger reservirt bleiben. Zum Besuche der Lawn-Tennis-Plätze werden für Zuschauer Eintrittskarten, sowohl für die ganze Dauer des Turniers, als auch für einzelne Tage gültig, zur Veranlagung gelangen. Den Verkauf von Zuschauerkarten für sämtliche Veranstaltungen, mit alleiniger Ausnahme der Regatta, hat die Kurverwaltung übernommen. Der Zeitpunkt, von welchem ab der Verkauf beginnt, wird noch besonders bekannt gemacht werden. — Bezüglich des anlässlich der Anwesenheit Seiner Majestät des Kaisers in Wiesbaden am 18. Mai stattfindenden großen Blumen-Korso sind wir in der Lage, mittheilen zu können, daß in der zu Frankfurt a. M. stattgehabten Comités-Sitzung einstimmig der Beschluß gefaßt worden ist, eine Anzahl von Equipagen, welche am geschmackvollsten arrangirt und dekorirt sind, durch Erinnerungsgeldern, ähnlich wie solche bei dem großen Korso in Wiesbaden zur Verwendung kommen, auszuzeichnen. Außerdem erhalten sämtliche Fahrer der beteiligten Equipagen-Besitzer eine vom „Deutschen Sport-Verein“ gestiftete Medaille als Andenken. Wie wir hören, wird die Anschrift in der Postamtstraße um 2 1/2 Uhr, Tische am Kursoalplatz, stattfinden, der Korso selbst Punkt 3 Uhr beginnen. Wie bekannt, ist der Korso eine Veranstaltung des „Deutschen Sportvereins“ unter der speziellen sportlichen Leitung des Herrn v. Lang-Puchhof zu Frankfurt a. M., indessen unterstützt die Kurverwaltung die Veranstaltung nach jeder Richtung und hat u. A. auch das äußere Arrangement des Korsofestes, den Verkauf der Zuschauer-Billets zc. übernommen.

Personal-Nachrichten. Seine Durchlaucht der Prinz Albrecht zu Solms-Braunfels haben Herrn Kammerath St. Ephan zu Braunfels zum „Ober-Kammerath“ ernannt. — Herr Oberlehrer a. D. Oskar Wintus zu Wiesbaden, bisher in Trarbach, erhielt den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, Herr Bürgermeister Sinz zu Fraunstein das Allgemeine Ehrenzeichen. — Der kaiserliche Stadtpfarrer, Herr Geheiler Rath und Prälat Dr. Lotter von hier, hat gestern eine mehrwöchentliche Erholungsreise nach Süddeutschland angetreten. Sein Vertreter während dieser Zeit ist Herr Kaplan Dr. Herr.

Kessler-Theater. Am Mittwoch findet bereits die 24. Aufführung des tollen Schwanks „Die Dame von Razim“ statt, jedoch derselbe bald sein Jubiläum feiern kann. Seitdem hat ein Stück solches Furore gemacht, wie dieses, und das bekannte „Poppla, Vater nicht's ja nicht ist in Aller Munde. Ebenso geht das Volksstück „Die Herren Söhne“, welches sich bei seinen zwei Aufführungen eines durchschlagenden Erfolges erfreute, am Donnerstag bereits wiederum in Scene, jedoch dasselbe bis zum Schluß der Saison wohl anbauend den Spielplan beherrschen wird.

Wander-Jouré-Memier-Gelar. Diese mit Recht sonst so beliebte Veranstaltung der hiesigen Kurdelegation hatte am Sonntag einen außerordentlich mäßigen Kontrahenten bekommen, einen herrlichen Frühlingsober, der vielen Vorzöden eher schien als der anziehendste Genus zwischen der Wäuden. Es war daher ganz erklärlich, daß der vortreffliche Auf, welcher Herrn Hofkünstler Prof. Memier und seiner lebenswürdigen Gattin vorausgeht, diesmal von geringerer Anziehungskraft war, als sonst. Nichtsdestoweniger hatte das geschätzte Künstlerpaar ein gewähltes Auditorium, welches an den Taktentzweigen des Herrn Memier ein lebhaftes Gefallen fand. Und dies wird immer so sein, wenn, wie hier, die Darbietungen ebenso elegant als unfehlbar und der begleitende Vortrag mit Humor und Schalkhaftigkeit gewürzt ist. Wir wollen auf die einzelnen Wäuden des reichhaltigen Programms nicht näher eingehen, sondern nur konstatieren, daß auch durch die jüngsten interessanten Produktionen Herr Prof. Memier-Sélar wieder seine Meisterhaftigkeit auf dem Gebiete der Magie bewies und daß der Zweck des Abends, das Publikum einige Stunden angenehm zu täuschen und zu unterhalten, vollkommen erreicht worden ist.

Schulreform. Die neuerdings energischer auftretende Bewegung zu Gunsten einer zeitgemäßen Schulreform hat zu einer Kundgebung der Vereine für Schulreform und zur Aufstellung der folgenden Forderungen geführt: 1. Alle neunklassigen höheren Schulen (Gymnasium, Realgymnasium und Oberrealschule) müssen die gleichen Berechtigungen zu wissenschaftlichen Studien und höheren Laufbahnen haben. 2. Die weitere Gestaltung aller höheren Schulen ist in der Richtung zu bewirken, daß sie einen die drei untersten Klassen umfassenden gemeinsamen lateinlosen Unterricht erhalten. Jedermann, der diesen Forderungen zustimmt, hat Gelegenheit, dies durch seine Unterschrift zu bekunden. Risten hierzu liegen in den Buchhandlungen der Herren Bornemann, Edel Ruffenstraße und Kirchgasse, Moriz u. Münzel, Wilhelmstraße, und Römter, Langgasse 32, sowie bei dem Vorstehenden der hiesigen Ortsgruppe des Vereins für Schulreform, Herrn Dr. Rothmann, Kaiser Friedrich-Ring 108, offen. Erwähnt sei noch, daß der letzte Verein heute Abend 8 1/2 Uhr eine Hauptversammlung im Gartenfaal des „Nonnenhofs“ abhält.

Der gemüthliche Jahn. Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht v. D. in dem „Berliner Lokal-Anzeiger“ eine hübsche Anekdote über unseren ehemaligen Kapellmeister Wilhelm Jahn aus der Zeit seines letzten Aufenthalts in Wiesbaden. Jahn war bekanntlich nicht nur ein großer Dirigent — die Wiener sagten von ihm: „gut dirigirt, ist halb komponirt“ — und Musikentwerfer ihm nach „Mannon“: „hommage à celui, qui sait sauter et faire briller!“ — er war in Wahrheit groß in Allen, was er angriff, was er that. Aber nicht zuletzt groß war er in der Kunst des Lebens. Er verstand das Leben zu genießen und Freundschaft zu beleben. Ein Feinschmecker, der seines Gleichen suchte, ein Kenner seiner Weine, eine Autorität für die ausserlebenslichen Menus, wie es Wenige giebt. Aber Wilhelm Jahn war auch ein



**Kaufmännischer Verein Wiesbaden**  
 Anstalt für Stellenvermittlung  Kassamännliche Fortbildungsschule  
 Am **Mittwoch, den 2. Mai 1900, Abends 9 Uhr**, im Vereinslokal, „**Deutscher Hof**“, Goldgasse 2a:

**Fortsetzung der Hauptversammlung**  
 wozu wir unsere Mitglieder freundlichst einladen.  
 Um **pünktliches** Erscheinen wird **dringend** gebeten. F 388  
**Der Vorstand.**

**Wiesbadener Fechtclub.**  
  
 Die Fechtstunden finden regelmäßig jeden **Dienstag und Freitag**, Abends von **8-10 Uhr**, in der **Turnhalle der Bergschule**, Schulberg 10, statt. F 442  
 Fechtmeister: Herr **A. Kobbé**.  
 Clublokal: **Walhalla**.  
**Der Vorstand.**

**Ia Oelfarben,**  
 streichfertig, per Pfd. 40 Pf. empfiehlt  
**H. Zboralski, Römerberg 24.**

**Zu Ausstattungen**  
 für  
**Hotels, Pensionen,  
 Bräute, Haushaltungen etc.**

- empfehle ich
- Hemden- und Bettuch-Leinen,
  - Hausmacher Halbleinen,
  - Elsäss. Hemdentuche, Madapolams,
  - Piqué- u. Négligéstoffe, Schürzenzeuge,
  - Barchente, Inlet, Federleinen,
  - Bett-Federn und Daunen,
  - Drelle und Bett-Damaste,
  - Bettzeuge und Möbel-Cattune,
  - Tisch- und Handtuchgebilde,
  - Tafel- und Thee-Gedecke,
  - Staub-, Gläser- und Tellertücher,
  - Badetücher, Frottirtücher,
  - Waffel- u. Piqué-Decken, Tischdecken,
  - Gardinen- und Rouleaux-Stoffe,
  - Woll- und Baumwoll-Flanelle,
  - Wollene Schlaf- und Kinder-Decken,
  - Stepp-Decken, Reisedecken,
  - Taschentücher, Hemden-Einsätze etc.

Der Beschaffung nur **bester Fabrikate**, die sich im Waschen und in Haltbarkeit ganz besonders gut bewähren, widme ich stets die größte Sorgfalt und Aufmerksamkeit und biete dieser, mein strenger Grundsatz vertrauensvolle Bürgschaft für befriedigende Bedienung. 13163

Die **Anfertigung** der einzelnen Stücke wird nach Wunsch auf die **sorgfältigste Weise** unter billigster Berechnung ausgeführt.

**J. Stamm**

Gr. Burgstrasse 7.

**Für 50 Pf. eine gute Brille**  
 oder Zwicker, feine Sorten nur 1 Mk. u. 1.50 Mk. Alle Nummern, für jedes Auge passend, sind wieder eingetroffen. Ansehen und Probieren kostet nichts. Umtausch bereitwilligst. 2078  
**Wiesbaden. Kaufhaus Führer, 48. Kirchgasse 48. Telephon 309.**

**Frankfurter Lebens-Versicherungs-Gesellschaft**  
 in Frankfurt a. M.  
 Errichtet im Jahre 1844.

Grundcapital	977. 5,142,840.—
Ausgezahlte Sterbecapitalien, Renten u. s. w. bis Ende 1899	„ 44,450,000.—

Die Gesellschaft übernimmt **Lebens-, Aussteuer-, Altersversorgungs- und Leibrenten-Versicherungen** und bietet durch ihre äußerst liberalen Versicherungs-Bedingungen, billigen Tarifprämien und günstige Gewinnbeteiligung den Versicherten alle Vorteile, welche eine solide Lebensversicherungs-Anstalt zu gewähren im Stande ist.

In der **Leibrenten-Versicherung** ist die höchste Nutzbarmachung eines Capitals in dauernd sicherer Weise ermöglicht.

Für eine Capitaleinlage von Mk. 1000.— beträgt die lebenslänglich zu beziehende jährliche Rente bei einem Eintrittsalter von

55,	60,	65,	70	75	Jahren
Mk. 79,60	93,30	111,80	134,20	163,40.	

Prospecte und Auskünfte werden bereitwilligst kostenfrei ertheilt von der Direction in Frankfurt a. M., Kaiserstraße 14, sowie von:

**Generalagent Adolf Jäger,**  
 Wiesbaden, Adolphsallee 7, und  
**Oberinspector Brühl,**  
 Wiesbaden, Schwalbacherstraße 3.

**Besonders für Kranke und Genesende**  
 ärztlich empfohlen und gesetzlich geschützt.

**+ COGNAC**  
 aus Destillaten nur gesunder reiner Natur-Weine, also nicht aus minderwerthigen ausländischen, kranken oder Kunstweinen! — die Flasche Mk. 2 bis Mk. 10, der **Dampfweibrennerei**

**Paul Schmitt, Ober-Olm bei Mainz.**  
 Weingutbesitzer.

Nur echt, wenn Etiquette u. Kapsel jeder Flasche mit voller Firma. Broschüre gratis in den durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen:

<b>F. Alexi,</b> Michelsberg 9.	<b>Adam Mosbach,</b> Kaiser-Friedrich-Ring 14.
<b>Fritz Berstein,</b> Wellritzstrasse 25.	<b>A. Nicolai,</b> Karlstrasse 22.
<b>C. Brodt,</b> Albrechtstrasse 16.	<b>Jul. Prötorius,</b> Kirchg. 28.
<b>Droguerie Sanitas,</b> Mauriliusstrasse.	<b>P. Quindt,</b> Marktstrasse 14.
<b>J. S. Gruel,</b> Wellritzstr. 7.	<b>Rob. Sauter,</b> Oranienstr. 50.
<b>Chr. Keiper,</b> Weberg. 84.	<b>J. Schaub,</b> Grabenstrasse 3.
<b>Wilh. Klees,</b> Moritzstr. 87.	<b>Louis Schild,</b> Langgasse 3.
<b>E. M. Klein,</b> Kl. Burgstr. 1.	<b>Wilh. Schild,</b> Friedrichstrasse 16.
<b>F. Miltz,</b> Rheinstrasse 79.	<b>Rich. Seyl,</b> Rheinstrasse 87.
<b>Louis Mimmel,</b> Ecke Röderallee und Nerostrasse.	<b>Oscar Siebert,</b> Taunusstrasse 50.
<b>Gustav Leppert,</b> Heleneustrasse 3.	<b>Adolph Wirth Nachf.,</b> Rheinstrasse 45.

**Original-Moselweine,**  
 vorzügl. Qualität, direct v. Winzer, per Liter von 60 Pf. an zu haben. Rab. 9499  
**P. Keul, Reichstraße 3 (vorm. Clotten a. d. Mosel).**

Wegen demnächstiger Verlegung meines Geschäfts gebe ich einen **grösseren Posten** meiner **direct bezogenen Bordeaux-Weine** zu folgenden **reducirten Preisen** ab:

- 1893er Bergeron Montis** à 1/2 Fl. Mk. 1.70, bei 12 Fl. Mk. 1.60, bei 25 Fl. Mk. 1.50.
- 1893er Cussac Chau. Lachemaye** à 1/2 Fl. Mk. 1.90, bei 12 Fl. Mk. 1.80, bei 25 Fl. Mk. 1.70.
- 1893er St. Julien Chau. Lagrange** à 1/2 Fl. Mk. 2.40, bei 12 Fl. Mk. 2.30, bei 25 Fl. Mk. 2.20.
- 1893er St. Emilion** à 1/2 Fl. Mk. 2.90, bei 12 Fl. Mk. 2.80, bei 25 Fl. Mk. 2.60.
- 1893er St. Julien Chau. Larose** à 1/2 Fl. Mk. 3.40, bei 12 Fl. Mk. 3.30, bei 25 Fl. Mk. 3.—

1/2 Flaschen kosten 20 Pf. mehr als 1/2 Fl. 6849  
**Garantie für absolute Reinheit!**  
**G. F. H. Scheurer,**  
 Telephon 309. Ecke Häfnerg. und Kl. Burgstrasse.

**Vodentränselwasser**  
 kräftigt Stirn- u. Nackenbaare ohne das lästige Brennen in kurzer Zeit u. die Krone hält tagelang, auch bei ungünstigem Wetter.  
 Per Fl. 1 Mk. bei  
**W. Sulzbach, Parfümer, Spiegelgasse 8.**

**III. Kunst-Auction Hess**  
 wegen Geschäfts-Uebergabe.

Die dritte Versteigerung durch Herrn Auctionator **Wilhelm Helfrich** findet **Donnerstag, den 3., und Freitag, den 4. Mai, statt.**

Es kommen diesmal u. A. zum Ausgebot:

- 1 Kaffeeservice, Fürstenberger Porzellan;
- 1 Tafelservice für 24 Personen, Meissner Porzellan;
- 1 chinesisches Schachspiel aus Elfenbein;
- 2 französische Kartelluhren;
- ca. 200 Porzellanknöpfe für Schirme und Stöcke;
- kleinere Möbel, Silbergegenstände, Porzellan

u. s. w. u. s. w.;  
 sowie wiederum:  
 eine Parthie zurückgesetzter moderner Bronzen und Kunstbronzen;  
 ferner:  
 eine Parthie orientalischer Teppiche in verschiedenen Grössen.

Die Versteigerung beginnt **Vormittags 10 Uhr** und **Nachmittags 3 Uhr.**  
 Besichtigungstage:  
**Dienstag, den 1. Mai, und Mittwoch, den 2. Mai.**

**Nathan Hess,**  
 Königlicher Hoflieferant,  
 Wilhelmstrasse 12. Telephon 331.